

2006/273
öffentlich

Datum: 9.11.2006

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	7.12.2006	

Betreff

Antrag von Ratsmitglied Thomas Schmidt;
Rauchverbot im Rathaus

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Thomas Schmidt

Sachverhalt

Eingang
am 2. Nov. 2006

„Die Tabakindustrie schafft laufend Arbeitsplätze: Jährlich werden über 5.000 Arbeitsplätze der Rauchertoten frei.“ - Gerhard Kocher

„Fast alle Industrieländer kämpfen mit Rauchverboten gegen die Zigarettenplage. Nur die sonst so gesundheits- und umweltbewußten Deutschen lassen sich weiter vollqualmen.“ - Marco Evers, Spiegel, 24/2006, S. 64

An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

Ratsherr

Thomas Schmidt

Am Knie 26
44581 Castrop-Rauxel

Mobil : 0173 276 40 33

t.schmidt@ubp-castrop-rauxel.de

www.ubp-castrop-rauxel.de

Castrop-Rauxel, 28.9.2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, bei der nächsten Sitzung des Rates folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen :

Antrag : Rauchverbot im Rathaus

Ich bitte den Rat der Stadt Castrop-Rauxel folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel setzt ein Zeichen für den Schutz der Nichtraucher und beschließt die Ausweisung des Castrop-Rauxeler Rathauses als rauchfreie Zone. Dies wird für die Öffentlichkeit auch durch Hinweisschilder kenntlich gemacht."

✓
Klaus

Begründung:

In den letzten Wochen ist die Diskussion um rauchfreie Zonen resp. komplette Rauchfreiheit in der Gastronomie in aller Munde.

Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hat im Auftrag des *Deutschen Krebsforschungszentrums* (DKFZ) im September 2006 eine repräsentative Befragung durchgeführt. Nach dieser befürworten 63,8 Prozent der deutschen Bevölkerung rauchfreie Gaststätten. Demnach ist die Zustimmung für ein Rauchverbot erheblich gewachsen. Bereits im Februar 2005 und 2006 waren die gleichen Fragen wie im September dieses Jahres gestellt worden. Im Februar 2005 sprachen sich 52,9 Prozent der Befragten für rauchfreie Gaststätten aus, im Februar 2006 waren es bereits 59,1 Prozent, wie das DKFZ mitteilte.

Erstmals wurden im September 2006 die Befragten nach ihrem politischen Wahlverhalten gefragt:

67 Prozent der Unionswähler und 63 Prozent der SPD-Wähler befürworten das Rauchverbot. Noch höher ist die Zustimmung mit jeweils 70 Prozent bei den Wählern der Grünen und der Linkspartei. Auch 64 Prozent der FDP-Wähler möchten rauchfreie Gaststätten.

Dies wird wohl auch der Grund sein, warum jetzt – nach Jahren des lethargischen Nichtstuns - die Große Koalition endlich handeln und entsprechende Schritte einleiten will.

Allerdings ist – wie es bei derartigen Ankündigungen der etablierten Parteien ja den Regelfall darstellt – damit zu rechnen, dass diese Pläne entweder erst in ferner Zukunft oder gar nicht durchgesetzt werden. Daher sollte der Rat der Stadt Castrop-Rauxel nicht auf Berlin warten, sondern selbst reagieren, denn was für Gaststätten und andere Gastronomiegebäude gilt, lässt sich selbstverständlich auch auf öffentliche Gebäude übertragen – insbesondere auf das Rathaus, gerade da dieses zum einen als öffentliches Gebäude mit Publikumsverkehr eine besondere Schutzfunktion einzuhalten hat und zum anderen – als „Repräsentant“ des Staats eine Art Vorbildfunktion zu erfüllen hat.

Aber gerade zahlreiche Ratsverteter handeln regelmäßig anders : sie rauchen vor und nach den Sitzungen, in den Sitzungspausen und zwischendurch. Dadurch befindet sich permanent Qualm im Flur vor dem Ratssaal, zudem zieht er bis auf die Publikumstribüne und auch alle nichtrauchenden – im Sitzungsaal verbleibenden – Ratsmitglieder werden durch den Zigarettenrauch belastigt. Außerdem hält sich der Rauch stundenlang, auch wenn während der Ratssitzung nicht geraucht werden darf.

Es ist an der Zeit, dass die Fraktionen des Castrop-Rauxeler Stadtrates endlich weniger Rücksicht auf ihre rauchenden Parteigenossen nehmen, sondern sich stärker am Wohl und der Gesundheit aller Ratsmitglieder, Besucher und Mitarbeiter im Rathaus orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schmidt

(im Originalen unterzeichnet)

(stellvertr. Vorsitzender des Kreisverbandes Recklinghausen der UBP)